

Protokoll

28. Sitzung vom 17. Dezember 2012

str

Seite 645

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 17. Dezember 2012, 19.00 Uhr – 21.50 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	34 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin, Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. sowie Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	Adrian Stucki (Beruf)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme der Protokolle vom 3. September 2012 sowie 5. November 2012
3. Voranschlag 2013 und Festsetzung des Steuerfusses
4. ~~Postulat der BFPW/SVP-Fraktion, vom 18. Mai 2012, überwiesen am 18. Juni 2012, betreffend Anschaffung von Elektro-Müllsaugern; Beantwortung~~
5. ~~Interpellation der GP-Fraktion, vom 26. November 2012, betreffend geplanter Erweiterung Golfplatz Beichlen; Begründung~~

Die Traktandenlisten wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

Auf Anfrage des **Gemeinderatspräsidenten Jürg Wuhrmann** gibt es keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann möchte sich zuerst bei Ratsweibel Paul Bossert und den Herren vom Bauamt für den traditionellen Weihnachtsbaum, welcher immer für die Budgetsitzung bereit stehe, danken.

Ebenfalls mache er den Rat darauf aufmerksam, dass jeder auf dem Pult die Einladung zum Silvester am See und das Jahrbuch der Stadt Wädenswil vorfinde.

Nun folge die Verabschiedung von zwei ehemaligen Gemeinderatspräsidenten und beide aus der Au. Zuerst möchte er Tobias Mani verabschieden. Er sei seit dem Jahr 2005 also seit acht Jahren im Gemeinderat. 2005 bis 2008 sei er Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewesen, 2008/2009 Stimmzähler im Büro, anschliessend

zweiter und erster Vizepräsident und sicher als Höhepunkt seiner Ratstätigkeit, wie bereits erwähnt, von 2011 bis 2012 Gemeinderatspräsident, als sein Vorgänger. Er danke Tobias Mani ganz herzlich für das Engagement und die sehr gute Zusammenarbeit im Ratsbüro und er wünsche ihm alles Gute für die gemeinderatslose Zeit. Er überreicht Tobias Mani den Glasteller.

Ebenfalls müsse man heute von einem politischen Urgestein Abschied nehmen – von Willy Rüegg, SP. Er sei seit dem Jahr 1998 im Gemeinderat tätig. 1998 bis 2009 habe er als Abgeordneter im Zweckverband für Abfallverwertung Einsitz gehabt, 1999 bis 2001 war er Mitglied der damals getrennten Rechnungsprüfungskommission, 2002 bis 2003 amtierte er als Stimmzähler im Büro, danach hatte er die zwei Vizepräsidien inne, bevor er dann in den Jahren 2005 bis 2006 als Gemeinderatspräsident den Vorsitz hatte. Er danke auch Willy Rüegg ganz herzlich, er habe ihn immer als sehr engagierten Politiker erlebt. Er überreicht Willy Rüegg den Glasteller.

Willy Rüegg, SP, bedankt sich beim Rat für das Wohlwollen und das Vertrauen und die Freundschaftlichkeit welche er in diesen vielen Jahren habe erleben dürfen. Der Gemeinderat sei immer sehr sach- und lösungsorientiert gewesen, was ihm sehr gefallen habe. Die Stimmung sei gut und die Kultur stets hoch gewesen, was ihm ein sehr grosses Anliegen sei. Er wünsche Allen alles Gute für die Zukunft.

1.1 Eingänge

- Interpellation von Hansjörg Schmid, SP, und Tobias Mani, EVP, vom 14. Dezember 2012, betreffend durchgehendes Trottoir Schlossbergstrasse sowie Tempo-30-Zone im Gebiet Etzelstrasse / Eintrachtstrasse / Seestrasse / Schlossbergstrasse
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage vom Bürgerlichen Forum Positives Wädenswil, vom 17. August 2012, betreffend Brücke über den Gulmenbach
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der FDP-Fraktion, vom 24. August 2012, betreffend Sicherheit von Badenden und Booten
- Interpellation der FDP-Fraktion, vom 8. Dezember 2012, betreffend langfristige Kreditvereinbarung der Stadt Wädenswil – Konsequenzen und Lehren aus dem Debakel
- Schriftliche Anfrage von Tobias Mani, EVP, vom 10. Dezember 2012, betreffend Schlussabrechnung und Lehren der Welle (Überdachung Bushof)
- Schriftliche Anfrage von Christian Gross, SP, vom 6. Dezember 2012, betreffend Gegenvorschlag zur Initiative Grundstückgewinnsteuer-ja, aber fair
- Bericht zum Postulat der SVP-Fraktion, vom 25. November 2010, überwiesen am 24. Januar 2011, aufrechterhalten am 5. Dezember 2011 betreffend der Machbarkeit der Videoüberwachung neuralgischer (sicherheitsgefährdeter) Orte in Wädenswil
- Weisung 28 vom 19. November 2012, betreffend Ersatz- und Neubau Oberstufenschulhaus Rotweg
- Einladung zur GR-Sitzung vom 17. Dezember 2012
- Protokoll der GR-Sitzung vom 5. November 2012
- Protokoll GR-Sitzung vom 3. September 2012
- Bericht und Antrag zum Voranschlag 2013 der Politischen Gemeinde Wädenswil
- Interpellation der GP-Fraktion, vom 26. November 2012, betreffend geplanter Erweiterung Golfplatz Beichlen

1.2 Überweisungen

Die Weisung 28, vom 28. November 2012, betreffend Ersatz- und Neubau Oberstufenschulhaus Rotweg wurde durch das Büro an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zur Vorberatung überwiesen.

2. Protokollabnahme

Die Protokolle der Sitzung vom 3. September 2012 sowie 5. November 2012 werden genehmigt.

10.07

3. Voranschlag 2013 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident Jürg Wurhmann schlägt vor, bei den nachfolgenden Beratungen und Beschlussfassungen wie folgt vorzugehen.

Erstens werde über den vorliegenden Voranschlag 2013 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der NPM-Abteilungen beraten. Die endgültige Festlegung des Voranschlags ist abhängig vom Beschluss zum Steuerfuss, der Abschreibungen und den allfälligen Beschlussfassungen zu den Anträgen der GRPK.

Zweitens wird der Steuerfuss 2013 verhandelt und festgelegt.

Abschliessend wird über das Gesamtpaket – Voranschlag, mit den allenfalls beschlossenen Änderungen und dem Steuerfuss eine Schlussabstimmung durchgeführt.

Auf Anfrage des **Gemeinderatspräsident Jürg Wurhmann** gibt es keine Einwendungen gegen die Vorgehensweise.

Erstens Voranschlag und Leistungsaufträge gemäss NPM

Zur Detailberatung zum Voranschlag (abteilungsweises Vorgehen)

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, sagt Mal rauf, mal runter – mal links, mal rechts usw. Sicher kennen die Meisten das bekannte Festzelt- und Schunkellied. Genauso präsentiere sich die momentane Lage. Sei es die Börse, mit ihrem nervösen Rauf und Runter, die Ausrichtungen der umliegenden Länder oder verschiedene andere Strategien in Europa.

Auch in der Schweiz sei man von Turbulenzen nicht verschont geblieben und auch in Wädenswil musste man mit einigen Widrigkeiten kämpfen. Beispiele kenne man aus der aktuellen Budgetdiskussion; sei es in Zusammenhang mit der BVK, mit den Zinsabrechnungsinstrumenten oder mit der Frohmatt. Und was helfe in turbulenten Zeiten? Beruhigung oder ruhende Poole.

So könne man in etwa das geplante Budget 2013 mit einem Aufwand von Fr. 171.9 Mio. und einem Ertrag von Fr. 166.6 Mio. bewerten, was einen Aufwandüberschuss von Fr. 5.3 Mio. bedeute. Das Budget dazu sei der GRPK anfangs Oktober von Stadtrat Paul Rota und dem neuen Leiter Finanzen und Controlling, Ralph Ruoss, präsentiert worden. An dieser Stelle einen grossen Dank für die aufschlussreiche und informative Präsentation, sowie für die professionelle Zusammenarbeit im Nachgang bei der Behandlung einiger kritischen Punkte, wie z.B. die Zinsabsicherungs-Geschichte.

Beim Aufwand falle vor allem der Personalaufwand mit plus 5.2% auf ca. Fr. 44.2 Mio. ins Gewicht. Wie man wisse, schlage hier unter anderem das Debakel der BVK Pensionskasse zu Buche. Auch der Zinsaufwand des Fremdkapitals werde sich mit den geplanten Investitionen erhöhen. Die Steuern werden – bei einem Steuerfuss von 84% auf Fr. 40.7 Mio. budgetiert. Ende 2013 werde mit einem Eigenkapital von ca. Fr. 54 Mio. gerechnet. Dies immer noch in einer Hochinvestitionsphase mit Nettoinvestitionen von Fr. 18.4 Mio. und einem Abschreibungsvolumen von total Fr. 11.6 Mio., davon knapp Fr. 3.5 Mio. zusätzliche Abschreibungen.

Zu den Abteilungsbesuchen:

Vom 29. Oktober bis 2. November 2012 habe die GRPK die Besuchswoche durchgeführt und die finanzpolitische Prüfung vorgenommen. Ein offizieller Dank an dieser Stelle an alle Beteiligten der verschiedenen Verwaltungsabteilungen. Die GRPK Mitglieder werden sich in der Detailberatung zu der jeweiligen Abteilung äussern.

Die GRPK widme sich in diesem Zusammenhang seit einiger Zeit vermehrt dem NPM (New Public Management). NPM habe aber als Begriff ausgedient. Wie es in Zukunft auch immer heissen mag, es seien Leistungsaufträge der Abteilungen mit Globalbudget damit gemeint. Ein ganzheitlicher Ansatz, eine Strategie, ein roter Faden fehle der GRPK immer noch dabei, was auch seit längerem bemängelt werde. Der Stadtrat schein jetzt aber doch einsichtig geworden zu sein und so haben erste Gespräche stattgefunden.

Gewisse Themen beschäftigen sie allerdings vordringlich und so haben sie unter Punkt "F" im Bericht und Antrag zum Budget 2013 bereits diverse Anträge zu NPM Änderungen aufgeführt. Unter Punkt "E" haben sie weitere Anträge formuliert, welche zum Teil im letztjährigen Bericht und Antrag noch als Empfehlung aufgeführt wurden, aber nie umgesetzt wurden. Auch da also einfach eine Weiterführung der Arbeit.

Wie eingangs erwähnt, brauche es in turbulenten Zeiten ruhende Poole, sichere Häfen und dabei helfe eine gewisse Kontinuität und Sicherheit. Solche Signale könne man von der Politik aus verbreiten. Kontinuität bringe man mit dem unveränderten Steuerfuss und Sicherheit mit einem gesunden Finanzhaushalt mit weiterführenden Investitionen, welche ihre antizyklisches Verhalten unterstreichen und wichtige wirtschaftliche Impulse aussenden.

Die Mitglieder der GRPK beantragen, den Voranschlag der politischen Gemeinde für das Jahr 2013 – inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der NPM-Abteilung, unter Berücksichtigung der Abstimmung zum Steuerfuss, zu genehmigen.

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, möchte vorab einen Dank an die GRPK unter der Leitung von Christina Zurfluh Fraefel, für die wiederum riesige und wertvolle Arbeit im Dienste des Bürgers und Steuerzahlers, sprechen. Im grossen Ganzen möchte er keine Zahlen wiederholen, doch ein paar Ausführungen zu gewissen spezifischen Punkten und Entwicklungen scheinen aus Sicht des Stadtrats als notwendig.

Vorab sein Dank an alle Verwaltungsabteilungen, die konstruktiv beigetragen haben, dass ein solides Budget vorgelegt werden konnte. Der ursprüngliche Mehraufwand von über Fr. 7.5 Mio. bei der laufenden Rechnung und die rund Fr. 20.5 Mio. Nettoinvestitionen konnten auf ein vertretbares Niveau korrigiert werden. Herzlichen Dank an dieser Stelle. Heute werde er eine Ausnahme machen und an dieser Stelle seine Abteilung in diesen Dank einschliessen. Es sei ein ganz neues Team – unter nicht ganz so einfachen Umständen - darum ein herzlicher Dank von seiner Seite.

Die Gesamtwirtschaftslage lasse nach wie vor keinen allzu grossen Optimismus aufkommen. Die europäische Wirtschaft mache auch Wädenswil Sorgen und werde den Schweizer Markt beeinflussen. Schwarz malen sollte man aber nicht, doch könne man die Augen nicht verschliessen. Auch auf Gemeindeebene werde man auf diese oder andere Art betroffen und eingebunden sein. Man habe hier am Zürichsee und ganz besonders in Wädenswil, nach wie vor eine spezielle Situation, was die Entwicklung der Bevölkerung anbelange. Es laufe jedoch in gewissen hochklassigen Segmenten der Immobilienwirtschaft, was entscheidend sei, schon länger nicht mehr so gut wie es sollte. Teurere Objekte finden den Abnehmer nicht mehr so schnell und diverse Objekte stehen längere Zeit leer. Die Zuwanderung von neuem Steuersubstrat sei daher gebremst worden. Von den Abwanderungen von juristischen Personen wolle man gar nicht erst sprechen. Auf Gemeindeebene stehe der Haushalt dank einer gewissen Zurückhaltung in den letzten Jahren mit Steuerfussenkungen, aber auch überdurchschnittlichen Erträgen, besonders bei der Grundstückgewinnsteuer, recht gut da, was die Vermögens- und Eigenkapitalbasis belege.

Einen wesentlichen Beitrag machen, wie bereits gesagt, die Grundstückgewinnsteuern der letzten Jahre aus, welche kaum mehr nachhaltig in nächster Zukunft budgetiert werden können. Darum dürfe man die laufenden Bedürfnisse nicht auf diese Erträge ausrichten. Es sei daher auch eine logische Folgerung, dass solch ausserordentliche Einnahmen für ausserordentliche Aufwände verwendet werden sollten, um zukünftig nicht schlecht da zu stehen, wenn es magere Jahre gebe. Dies habe Wädenswil schon in den letzten 20 Jahren geholfen.

Zum Budget selber:

Er freue ihn besonders, da wiederhole er sich gerne, dass die Leistungen der Stadt grundsätzlich vom gesamten Gemeinderat oder zumindest einer grossen Mehrheit nicht in Frage gestellt werden. Leistungen die mehrheitlich hier in diesen Wänden beschlossen worden seien. Dies beweise die grosse Zustimmung zu den einzelnen Abteilungen.

Man könne nicht nur von Energie-, Bildungs- und Kulturstadt sprechen, es müssen auch Taten folgen, welche halt ihren Obolus kosten. Nicht der Steuerfuss alleine sei für eine attraktive Stadt massgebend. Es sei das umfassende Angebot, welches für die Einwohnenden anziehend sei und Zufriedenheit schaffe. Man müsse sich ständig bemühen, dass man

gegenüber den Nachbargemeinden und vor allem der nahen Stadt Zürich nicht an Boden verliere.

Auf der Aufwandseite gehe leider die negative Entwicklung weiter. Seien es doch rund Fr. 5 Mio. struktureller Mehraufwand in verschiedenen Bereichen, die man zu verkraften habe. So zum Beispiel Lohnleistungen inklusive Sanierung der BVK, Mehrkosten für umweltfreundlichere Energieträger inklusive Investitionen, Sozialausgaben im Allgemeinen und Betreuungskosten bei Kindern und Familien sowie das regelmässige steigern der Kosten im Bereich Schule. Aufwände die mehr oder weniger regelmässig zu bewältigen seien. Dies mache doch sehr nachdenklich, wenn man die Entwicklung der Belastung der gemeinschaftlichen Aufgaben betrachte, auch wenn im Einzelnen alles sehr logisch erscheine und man meistens darüber abgestimmt habe. Hätte man auf der anderen Seite nicht den Ertrag mit besseren Prognosen eingestellt, zum Beispiel Steuern oder Ressourcenausgleich, dann würde das Budget gar miserabel dastehen. Der Unterschied zwischen steigendem Mehraufwand und steigendem Mehrertrag sei aber ein wesentlicher. Der Aufwand bleibe in der Regel länger, der Ertrag sei eher volatil, wenn man ihm diesen Ausdruck erlaube.

Mit rund Fr. 18 Mio. Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen stehe man vor einem weiteren sehr intensiven Investitionsjahr. Dass damit die Abschreibungen wiederum zusätzlich ansteigen, sei eine logische Konsequenz. Daher findet es der Stadtrat höchst sinnvoll, ausserordentliche Abschreibungen zu tätigen, so wie es vorgeschlagen wurde. Die Zukunft werde nicht weniger Investitionen fordern, man werde dies beim nächsten Finanz- und Entwicklungsplan FEP in einem Jahr darstellen und auch im Rat beraten können. Die zusätzlichen Abschreibungen im steuerfinanzierten Bereich des Verwaltungsvermögens seien seit Jahrzehnten Strategie und ganz besonders in Bezug auf die ausserordentlich hohen Grundstückgewinnerträge der letzten Jahre zu sehen. Sie seien äusserst sinnvoll, da man in der guten Zeit zurücklegen oder sich für die schlechteren Zeiten entlasten sollte.

Vor dem Schluss noch ein etwas spezielles Thema. Der Stadtrat habe zum Budget noch einen Nachtrag geschickt, eine Information über die Frohmatt. Es sei kaum das Ziel vom Stadtrat gewesen, dies in letzter Minute dem Gemeinderat aufzutischen. Mitte Jahr habe man mit einer 100% Kostendeckung der Frohmatt das Budget erstellt. Es sei so eingeflossen, zuständig jedoch für die Erhöhung der Taxen sei der Stadtrat. Die Beratung vom Antrag fand im November statt und der Beschluss wurde im Dezember abgeseget. Der Stadtrat sei klar der Meinung, dass während den Bauarbeiten nicht die volle Erhöhung auf den 1. Januar 2013 vollzogen werden könne. Daher habe der Stadtrat beschlossen, eine 2-stufige Erhöhung umzusetzen. 1. Schritt auf den 1. März 2013 und der zweite Schritte auf 1. Januar 2014. Die Anpassung der Tarife mache ja immerhin bis zu 20% für einzelnen Bewohner aus. Die Mindereinnahmen für das Jahr 2013 betragen dadurch rund Fr. 835'000.--. Es sei ein grosser Batzen, aber es sei nichts anderes als korrekt, einen sogenannten "Baustellen-Rabatt" zu gewähren.

Unter dem Gesichtspunkt der gesamthaften rund Fr. 11 Mio. Abschreibungen sei der Fehlbetrag von Fr. 5.3 Mio. Aufwandüberschuss vertretbar und kann über das Eigenkapital ausgeglichen werden. Er bitte im Namen des Stadtrats dem Budget zuzustimmen. Seine Stadtratskollegen werden sich allenfalls bei der Beratung der Abteilungen zu Wort melden.

Detailberatung:

Abteilungsweises Vorgehen des Budgets

Präsidiales (Seite 8 bis 17) mit Änderungsantrag zur BVK und Kulturgarage

Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, SP, teilt mit, dass sie zusammen mit Berti Stocker am 31. Oktober 2012 die Abteilung Präsidiales besucht habe. Sie seien von Philipp Kutter und Johanna Bürgi sehr nett empfangen worden. Das Gespräch sei sehr angenehm und die Antworten sehr detailliert gewesen. Ganz herzlichen Dank.

Die Abteilung Präsidiales habe im Budget 2013 einen Aufwand von Fr. 8.1 Mio. und einen Ertrag von Fr. 3.9 Mio. vorgesehen, was ein Nettoaufwand von Fr. 4.2 Mio. ergebe. Im Budget 2012 habe der Nettoaufwand Fr. 4.0 Mio., in der Rechnung Fr. 4.1 Mio. betragen, was einer gewissen Kontinuität gleichkomme.

Die Abteilung Präsidiales betreue das gesamte Personal der Stadtverwaltung, was 181.5 Vollzeiteinheiten darstelle. Zudem machen 13 junge Leute auf der Stadtverwaltung ihre Ausbildungen, sechs KV-Lernende, zwei Informatiker, ein Geomatiker und vier Betriebspraktiker. Nicht eingerechnet seien die Lernenden der Frohmatt.

Die gesamten Personalkosten betragen Fr. 44.25 Mio. Gegenüber dem Voranschlag 2012 seien dies 5.2% mehr, gegenüber der Rechnung 2011 sogar 7.6% mehr. Fürs 2013 werde aber kein Teuerungsausgleich bezahlt und für Lohnerhöhungen stehe der Stadt genau 1% zur Verfügung, der Vorschlag vom Kanton betrage 0.6%. Da aber der Arbeitsmarkt im öffentlichen Sektor sehr ausgetrocknet sei, habe der Stadtrat sich für 1% entschieden. Der Grossteil der Kostensteigerung sei auf die leidige BVK Geschichte zurück zu führen, wonach nun Sanierungsbeiträge fällig seien. Im Juli 2012 sei der Entscheid vom Verbleib bei der BVK gefallen. Vorab habe die Abteilung Konkurrenzofferten eingeholt, um zu überprüfen ob ein Wechsel eine Lösung sei, neutrale Gutachten und Gespräche mit anderen Gemeinden, dem Kanton und auch mit der BVK geführt. Auch die Mitarbeitenden seien in den Entscheidungsprozess miteinbezogen worden. Schliesslich habe man sich für den Verbleib bei der BVK entschieden, vor allem aber auch, weil ein Auskauf aus der BVK sehr teuer geworden wäre und einen grossen administrativen Aufwand ausgelöst hätte.

Der Stadtrat sehe im Budget vor, dass die Stadt die Arbeitnehmerbeiträge für die Sanierung übernehmen möchte, was Fr. 330'000.-- ausmache. Die GRPK habe dazu einen Abänderungsantrag, welcher sie am Schluss erläutern werde.

Ebenfalls haben sie die Informatikkosten der Stadt überprüft. Fr. 1.38 Mio. koste im Jahr 2013 die Informatik. Ein spezielles Augenmerk gelte, in den vergangenen wie auch in den zukünftigen Jahren, der Informatiksicherheit und des Datenschutzes. Zudem werden grosse Applikationen zu Updates gezwungen, das eine sei die Clip-Applikationen, mit welchem die Abteilung Soziales arbeite, aber auch die Software vom Stadtmann- und Betreibungsamt. Die Stadt sei ein Gemischtwarenladen, mit vielen verschiedenen Abteilungen, was bedeute, dass die Stadt Wädenswil mit 80 verschiedenen branchenspezifischen Lösungen ausgestattet sei.

Ebenfalls gehöre die Kultur zur Abteilung Präsidiales, und hier gehe es nun um die Kulturgarage. Zuerst ein paar Infos darüber. Die wiederkehrenden Kosten, welche im Budget 2013 veranschlagt seien, betragen Fr. 23'000.--, das sei aber pro rata temporis, es seien mit jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 46'000.-- zu rechnen. Zudem seien die Investitionskosten um die Kulturgarage in die ehemalige Liegenschaft der Deltagarage zu integrieren auf Fr. 60'000.-- voranschlagt. Genutzt werde die Kulturgarage dann durch die Freunde des Volkstheaters einerseits, mit ca. 5 Monaten Proben der Aufführungen, aber noch wichtiger als Lager und den Bühnenbau. Der zweite Nutzer sei die Historische Gesellschaft, welche 4 Monate im Jahr Wechseleausstellungen anbieten und den Platz ebenfalls für Lager benötige. Die restlichen drei Monate könnte die Lokalität für kleinere Konzerte, Lesungen etc. vermietet werden. Betrieben werde die Kulturgarage durch einen Trägerverein, welcher aus diesen zwei Hauptnutzern zusammengesetzt sei. Die Kulturgarage sei kein Ortsmuseum durch die Hintertüre. Denke man zurück an die Vorlage Ortsmuseum 2005 seien damals Investitionen von Fr. 1.4 Mio. angestanden mit jährlichen Betriebskosten von Fr. 160'000.--. Zudem wäre das Ortsmuseum alleine durch die Historische Gesellschaft genutzt worden, während die Kulturgarage eine Mehrfachnutzung zulasse. Schauen man zu anderen Gemeinden, wisse man, dass Ortsmuseen sehr teuer seien und schlecht besucht werden. Wechseleausstellungen hingegen seien attraktiv und gut besucht und im Vergleich auch kostengünstiger.

Antrag E.5 Kulturgarage (Seite 17)

“Eine Minderheit der GRPK beantragt, die Konti 162 3650.01 “Betriebsbeitrag Kulturgarage“ mit Fr. 23'000.-- und 300 5650.00 “Investitionsbeitrag Kulturgarage“ mit Fr. 60'000.-- speziell zu kennzeichnen und dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen.“

Die Minderheit der GRPK möchte mit der Weisung erreichen, dass in der Diskussion um die Kulturgarage mehr Transparenz geschaffen werden könne. Die Mehrheit der GRPK sei aber vom Konzept der Kulturgarage überzeugt und wolle den Budgetposten so belassen, gemäss den Kompetenzen des Stadtrats.

Die Meinung der SP sei, dass kulturelle Institutionen wie das Theater Ticino oder die Freunde des Volkstheaters und die attraktiven Wechseleausstellungen der Historischen Gesellschaft überregionale Ausstrahlung haben. Sie geben Wädenswil ein Gesicht auf der kulturellen Landschaft und mache die Stadt attraktiver zum Leben. Dies sollte man nicht mit Bürokratismus abwürgen. Die Kosten liegen klar in der Kompetenz vom Stadtrat, also soll man vorwärts machen und dem Volkstheater und der Historischen Gesellschaft die optimalste Umgebung für ihre Arbeit ermöglichen.

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, sagt, dass der Stadtrat das Projekt Kulturgarage im Rahmen seiner finanziellen Kompetenz ins Budget 2013 aufgenommen habe. Sie von der GRPK haben es anschliessend noch etwas genauer durchleuchtet. Die Zahlen seien wie folgt:

- Einmalige Investitionen der Stadt von geschätzten rund Fr. 60'000.-- mit einem Kostendach von Fr. 100'000.--
- Jährlich wiederkehrende Folgekosten von rund Fr. 46'000.--, allerdings abhängig von weiteren Vermietungsmöglichkeiten

Hauptnutzer werden das Volkstheater und die Historische Gesellschaft Wädenswil sein.

Es bestreite niemand, dass es eine gute Gelegenheit sei, und sich die Lage für ein solches Projekt bestens eigne. Was die Minderheit der GRPK störe sei die Tatsache, dass ähnliche Projekte in der Vergangenheit vom Souverän an der Urne verworfen wurden, und dass sich der Stadtrat mit dem geplanten Vorgehen dem gegenüber sehr unsensibel zeige, indem er dieses Projekt einfach ins Budget aufnimmt.

Für sie wäre der korrekte Weg die Ausarbeitung einer Weisung, über welche man dann im Gemeinderat befinden könnte. So wäre auch eher sichergestellt, dass sie von unliebsamen finanziellen Überraschungen verschont blieben. Und bei dieser Gelegenheit würden sie vom Gemeinderat vielleicht auch erfahren, nach welchen Kriterien eine solche Unterstützung gewährt wird. Sie als Volksvertreterin würde das auf alle Fälle sehr interessieren.

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, erklärt, dass man hier von einem Beitrag an eine private Trägerschaft spreche, welche vor allem aus Vertretern der Historischen Gesellschaft und des Volkstheater bestehe. Sie haben die Idee von Ausstellungs- und Kulturräumen initiiert. Sie seien bereit, Verantwortung zu übernehmen, sie beteiligen sich finanziell am Vorhaben und seien verantwortlich für die anstehenden Verhandlungen mit dem Vermieter und für die notwendigen Umbauarbeiten. Das Geschäft sei vertieft durch Beatrice Gmür geprüft und in der Kommission eingehend diskutiert worden. Es liege ein professionell ausgearbeitetes Konzept vor, das Projekt werde detailliert beschrieben, Grundsätze der Betriebsführung werden festgehalten und ein Businessplan zeige die finanziellen Eckpunkte auf. Zusätzlich habe er ein klärendes Gespräch mit einem Vertreter der Projektgruppe geführt.

Für die CVP-Fraktion sei klar: Das Projekt sei fundiert geplant, es zeige eine dringend notwendige Lösung auf, welches der Historischen Gesellschaft und dem Volkstheater als auch der kulturell interessierten Bevölkerung diene. Die Fakten seien bekannt und die Idee sei gut und förderungswürdig. Sie stehen hinter dem Vorhaben und wollen das budgetierte Geld ohne Wenn und Aber sprechen.

Trotz der umfassenden Begründung dieses Budgetposten werde jetzt von einer Kommissionminderheit eine Weisung verlangt. Das leuchte ihnen nicht ein. Wer gegen das Projekt Kulturgarage sei, soll dies doch heute bereits sagen. Eine Weisung bringe viel Umtriebe, aber keine neuen Erkenntnisse. Er bitte darum, diesen Budgetposten zu genehmigen und damit auch den Initianten das Vertrauen auszusprechen.

Stadtpräsident Philipp Kutter, begrüsst die Vertreter von der Historischen Gesellschaft und dem Volkstheater. Wädenswil habe ein vielfältiges Kulturleben, was noch fehle sei ein vielseitig nutzbarer Kulturraum. Die Freunde vom Volkstheater und Vertreter der Historischen Gesellschaft seien an den Stadtrat gelangt und haben aufgezeigt, wo ein solcher Raum möglich wäre. Sie wollen einen Verein gründen und das ehemalige Gebäude der Delta-Garage dafür nutzen. Beatrice Gmür habe sehr gut aufgezeigt, wie das Nutzungskonzept vorgesehen sei. Die Stadt sei nicht direkt in den Betrieb eingebunden, zahle jedoch

dem Trägerverein einen Betrag. Der Stadtrat habe über dieses Anliegen diskutiert und beschlossen, dies zu unterstützen. Berechtigterweise frage eine Minderheit der GRPK warum und dies würde er nun gerne erläutern.

Der Stadtrat finde, dass hier Organisationen dahinter stehen, welche einen wichtigen Beitrag an das kulturelle Leben von Wädenswil leisten, was unterstützungswürdig sei. Ebenfalls empfinden sie das vorgelegte Konzept als überzeugend, mitunter auch, weil es sich eben nicht um ein Ortsmuseum handle. Es sei ein Kulturraum, welcher während drei bis vier Monate im Jahr als Museum genutzt werden könne, man spreche also hier überhaupt nicht vom selben wie im Jahr 2005. Mit diesem Projekt schaffe man eine Grundlage, dass die beiden Organisationen weiter wirken können und auch weitere Kulturschaffende davon profitieren können. Mindestens aus Sicht der Historischen Gesellschaft sei diese Raumfrage sehr essentiell und dass es zusätzlichen Raumbedarf für andere Kulturschaffende benötige, zeigen auch die Aussagen der Kulturkommission.

Bei einer ersten Schätzung sei man von Einmalkosten für Investitionen von Fr. 100'000.-- ausgegangen mit jährlichen wiederkehrenden Kosten für die Stadt von Fr. 30'000.-- bis 40'000.--. Bei der Feinplanung habe sich dann gezeigt, dass die geplanten einmalige Investitionen dank günstigeren Lösungen und Eigenleistungen kleiner ausfalle. Der Beitrag für die Miete sei etwas tiefer, da sie davon ausgehen, dass die Kulturgarage erst Mitte Jahr eröffnet werden könne. Die Beträge liegen in der Kompetenz der Exekutive, dies sei so in der Gemeindeordnung festgehalten und daher wurde keine Weisung ausgearbeitet. Wolle aber eine Mehrheit vom Gemeinderat eine solche Weisung, werde der Stadtrat selbstverständlich eine ausarbeiten, sofern die Initianten diesen Weg ebenfalls beschreiten wollen. Falls aber jemand im Rat heute schon wisse, eine solche Weisung nicht zu unterstützen, solle man dies doch bitte heute kundtun.

Simon Kägi, GP, teilt mit, dass es sich beim Projekt Kulturgarage um zwei traditionelle, gut verankerte und breit bekannte Vereine aus Wädenswil handle – die Freunde des Volkstheater und die Historische Gesellschaft. Die beiden haben sich gemeinsam auf den Weg gemacht das Raumproblem zu lösen. Die Suche habe sich als sehr schwierig erwiesen – denn Raum für Kultur sei schwer erhältlich in Wädenswil. Die Vereine haben sich zusammengesetzt, führten private Verhandlungen, habe sich ehrenamtlich engagiert, damit Wädenswil eine attraktive kulturelle Stadt bleibe.

Die Grünen seien mit gut dokumentierten Unterlagen, Zahlen und Fakten beliefert worden. Sie unterstützen das Vorhaben mit grosser Freude und einem Dank an die Vereine für ihr Engagement und sie seien stolz damit den Wädenswiler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einen Teil zurückzugeben.

Die Grünen seien klar der Meinung, dass dieser Beitrag in die Kompetenz des Stadtrats gehöre, er habe durch die Gemeindeordnung den nötigen finanziellen Spielraum und den soll er auch nutzen können. Sie lehnen daher den Minderheitsantrag der GRPK ab. Wolle jemand dem Stadtrat diese Kompetenz nicht eingestehen, soll man dies über die Gemeindeordnung klären, und nicht anhand des Projekts Kulturgarage.

Albert A. Stahel, GLP, sagt, dass er vor kurzem ein Gespräch mit dem Direktor des Museums Aargau, über die Ziele und Finanzierung der Museen im Kanton Aargau geführt habe. Das Museum betreue das Legionärslager Vindonissa, das Kloster Rheinfelden, die Burgen Habsburg, Lenzburg, Hallwyl und Wildegg. In absehbarer Zeit werden die Kloster Muri und Wettingen dazu kommen. In diesen verschiedenen Einrichtungen finden in einem gewissen Zyklus Ausstellungen, Vorträge, Veranstaltungen, Konzerte und Theater statt. Der Aufwand des Kantons belaufe sich pro Jahr auf Fr. 6 Mio. Die Ziele welche verfolgt werden, seien ganz einfach, für Schulen, Gymnasien, Fachhochschulen und die Erwachsenenbildung das Wissen über die historische Vergangenheit aufrechtzuhalten. Geschichte und Kultur seien die Grundlage des aargauischen Staatswesens. Nur wer seine Vergangenheit kenne, verstehe seine Gegenwart und werde auch seine Zukunft bewältigen können.

Dem Kanton Zürich fehlen ähnliche Projekte und Vorhaben. Vielleicht sei dies auch für die Ziellosigkeit des zürcherischen Staatswesens verantwortlich. Gerade wegen diesem erbärmlichen Umgang mit der eigenen Geschichte begrüsse und unterstütze er persönlich das finanziell bescheidene Projekt des Stadtrats sehr. Er hoffe, dass die Kulturgarage Wädenswil zum Vorbild für andere Gemeinden im Kanton Zürich werde.

Charlotte Baer, SVP, führt aus, dass die einstimmige SVP-Fraktion der Minderheitsantrag der GRPK unterstütze und verlange, dass der Stadtrat zur Kulturgarage eine Weisung zuhanden des Gemeinderats ausarbeite.

Sie möchte gerade vorwegnehmen: Es gehe der SVP nicht darum, das Projekt Kulturgarage abzulehnen. Sie haben vom Bericht und vom Argumentarium des Volkstheaters und der Historischen Gesellschaft zuhanden der städtischen Projektgruppe Kenntnis nehmen können und danken an dieser Stelle den beiden Vereinen für die unaufgeforderte Zustellung dieser Unterlagen. Die Dokumente seien aussagekräftig, vermitteln ein aufschlussreiches Bild über das geplante Projekt und untermauern dieses auch mit Zahlen. Eine Klammerbemerkung: "Wenn man von allen Bittstellern gegenüber dem Steuerzahler und der Stadt solche Konzepte erhielten, wähte man sich schon fast im Paradies".

Mit besonderer Genugtuung hat die SVP auch vernommen, dass explizit kein Ortsmuseum geplant sei; ein solches könnten sie auch nicht unterstützen, nachdem der Stimmbürger und Steuerzahler eine entsprechende Vorlage vor einigen Jahren abgelehnt habe.

Bereits im Zusammenhang mit einem Postulat der EVP zur Pflege des kulturellen Erbes vom Juli 2010 habe die SVP das Wirken und den Leistungsausweis der Historischen Gesellschaft positiv gewürdigt; vor allem die Wechsellausstellungen seien ein grosser Erfolg gewesen – daran halte die SVP fest. Es gehe ja schliesslich auch um ein Stück Heimatkunde und diese stehe bekanntlich bei der SVP hoch im Kurs.

Auch der Stellenwert des Volkstheaters werde nicht in Frage gestellt. Es sei aber daran zu erinnern, dass bei der Umgestaltung der Kulturhalle, den Bedürfnissen des Volkstheaters und der Bühnentechnik in hohem Masse Rechnung getragen worden sei. Das belege sowohl die entsprechende Weisung des Stadtrats als auch die Debatten in der Sachkommission. Heute sei das Volkstheater aber nicht dort. Dies sei aber kein Vorwurf, mit einer Wei-

sung zur Kulturgarage könne aber – vor allem gegenüber dem Steuerzahler – transparent gemacht werden, weshalb dies so sei.

Eine Weisung sei rein verfahrenspolitisch der korrekte und transparente Weg und werde daher von der SVP vorbehaltlos unterstützt.

Tobias Mani, EVP, wollte an seiner letzten Sitzung nichts sagen, aber so könne er nach acht Jahren den Kreis schliessen. An einer seiner ersten Sitzungen im Rat sei die Vorlage "Ortsmuseum" behandelt worden. Matthias Haab und er haben das Ja vom Gemeinderat damals dem fakultativen Referendum unterstellt, da sie Zweifel gehabt haben, ob dieses Konzept mit einem fixen Ortsmuseum durchdacht sei oder ob nach einer pompösen Eröffnung Staub angesetzt werde. Das Volk habe sich dann relativ klar gegen ein Ortsmuseum ausgesprochen, was natürlich für die Historische Gesellschaft ein Rückschlag gewesen sei. Umso mehr sei dies ein grosser Verdienst, dass sich die Akteure nicht haben entmutigen lassen, sondern mit diesen Wechselausstellungen Gas gegeben haben.

Nun habe man eine Vorlage die ohne Zweifel gut sei, denn es soll weiterhin diese beliebten Wechselausstellungen geben und diese sollen nun auch ein fixen Ort haben. Es sei ein gutes Konzept mit einer Mischnutzung durch das Volkstheater. Brauche es nun wirklich noch seine solche Zusatzschleufe mit einer Weisung? Sie von der EVP/EDU-Fraktion seien nicht der Meinung, denn die Kompetenzen wurden durch den Stadtrat eingehalten. Es sei nicht nötig und das Konzept werde so nicht besser und man habe sich bereits eingehend darüber informieren können. Man unterstütze hiermit nun ein Projekt, welches auch von den Stimmberechtigten rege genutzt werde.

Eine Ehrenrunde vom Projekt wäre keine Katastrophe, aber man sollte nicht unnötig zuwarten um Gutes zu tun. Man habe die Historische Gesellschaft schon einmal enttäuscht, ein zweites Mal wäre nicht förderlich. Die EVP/EDU-Fraktion sei hier und jetzt für das Projekt. Auch als abtretender Gemeinderat sei es ihm wichtig, dass man der Stadt Sorge trage, und dazu gehöre sicher auch das Volkstheater und die Historische Gesellschaft.

Peter Schuppli, FDP, sagt, Wädenswil sei stolz, als eine von den wenigen Seegemeinden noch ein eigenes Kino zu besitzen – notabene ohne Subventionen der Stadt. Ebenso stolz seien sie auf vielfältige kulturelle Arbeit und die Pflege vom kulturellen Erbe. Zu erwähnen gebe es in diesem Zusammenhang das Theater Ticino, das Volkstheater und die Historische Gesellschaft Wädenswil. Allen, welche hinter oder vor den Kulissen die Organisationen betreuen und am Leben erhalten, sei an dieser Stelle ein herzliches Danke ausgesprochen. Sie tragen neben anderen Vereinen und Gruppierungen zum vielfältigen gesellschaftlichen und kulturellen Leben in der Stadt bei. Ihre Existenz hänge von den Mitgliederbeiträgen, von Sponsoren und von Fronarbeit ab, einige werden zudem von der Stadt mit Steuergeldern unterstützt.

Im vorliegenden Fall gehe es um eine finanzielle Unterstützung für das Volkstheater und die Historische Gesellschaft, welche in einer ehemaligen Garage Lager- und Übungsräume mieten wolle. Die Liegenschaft gehöre der Blattmann Immobilien AG, welche bereit wäre,

die Lokalität im Parterre nicht gratis abzugeben (was natürlich grossartig wäre), aber immerhin doch zu vertretbaren Konditionen zu vermieten. Der Stadtrat möchte gemäss Budget nicht nur einen Investitionsbetrag von Fr. 60'000.-- für die Erstellung von dieser Kulturgarage sprechen, sondern darüber hinaus jährlich einen Betriebsbeitrag von Fr. 46'000.-- an die Dachorganisation überweisen.

Die FDP-Fraktion sei dezidiert der Meinung, dass es für das Begehren eine Weisung brauche, auch wenn der Betrag von der Höhe her dies nicht verlangen würde. Aber jeder mag sich daran erinnern, dass eine klare Mehrheit von Stimmenden seinerzeit eine städtische Vorlage zum Kauf von einer Liegenschaft an der Seestrasse klar abgelehnt haben, welche die Historische Gesellschaft für das Ortsmuseum genutzt hätte. Das Volksverdikt soll auch der Stadtrat respektieren und nicht den Eindruck erwecken, sie wollen durch die Hintertür etwas aufgleisen, was vom Stimmbürger damals verworfen worden sei.

Er bitte darum, den Minderheitsantrag der GRPK zu unterstützen, damit ein solcher Entscheid auf Basis von einer fundierten Weisung und nicht nur auf Basis von einer schlichten Zahl gefällt werden könne. In dieser Weisung müsse der Stadtrat auch eine zweite Variante als Möglichkeit aufzeigen, und zwar das Sprechen von einem einmaligen Investitionsbeitrag, jedoch ohne jährlich wiederkehrende städtische Beiträge an die Kulturanlage.

Er bitte, den Antrag der Minderheit der GRPK zu unterstützen, um mehr Informationen über die Kulturgarage-Pläne zu haben, damit die Diskussion und der Entscheidungsprozess auf einer fundierten, seriösen Basis, geführt werden könne.

Simon Kägi, GP, stellt den Antrag nach Art. 38 die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Gemäss **Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann** muss ein Viertel der Anwesenden, im heutigen Fall also 9 Mitglieder des Gemeinderats für die Abstimmung unter Namensaufruf sein.

Abstimmung über Antrag Namensaufruf (mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 14 Stimmen für die Abstimmung unter Namensaufruf ab.

Abstimmung über Antrag E.5 Kulturgarage mit Namensaufruf:

Mehrheitsantrag der GRPK und Stadtrat für Belassung wie im Budget definiert: Jonas Erni, Beatrice Gmür, Monika Greter, Christian Gross, Andreas Gut, Rita Hug, Simon Kägi, Marc Lütolf, Tobias Mani, Willy Rüegg, Erich Schärer, Hansjörg Schmid, Rahel Sonderegger, Kuno Spirig, Albert A. Stahel, Berti Stocker, Daniel Tanner, Beat Wiederkehr, Heinz Wiher.

Total Mehrheitsantrag: 19

Minderheitsantrag der GRPK für die entsprechende Kennzeichnung der Konti und der Ausarbeitung einer Weisung: Hanspeter Andreoli, Charlotte Baer, Marcel Bättig, Sandy Bossert, Ivano Coduri, Astrid Furrer, Thomas Koch, Christoph Lehmann, Walter Münch, Christian Nufer, Ivo Peyer, Peter Schuppli, Adrian Stocker, Jürg Wuhrmann, Christina Zurfluh Fraefel.

Total Minderheitsantrag: 15

Der Rat hat mit 19:15 Stimmen dem Mehrheitsantrag zugestimmt und ist somit für das Belassen der beiden Budgetposten, wie im Budget aufgeführt.

Antrag E.6 Sanierung BVK (Seite 17)

„Die einstimmige GRPK beantragt, die budgetierten BVK-Sanierungsbeiträge der versicherten Arbeitnehmenden von rund Fr. 330'000.-- auf rund Fr. 130'000.-- zu kürzen. Berechtigt sind Arbeitnehmende bis zu einem maximalen Bruttolohn von Fr. 83'520 (= koordinierter Jahreslohn) pro Vollzeiteinheit (100%).“

Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, SP, erklärt, dass die Sanierungsbeiträge der BVK 5.25% der Lohnsumme betragen. 1.5% davon müssen die Mitarbeiter tragen, was ein Betrag von Fr. 330'000.-- ergebe. Die GRPK habe dabei folgende Problematik gesehen: Einerseits sei es eine Ungleichbehandlung, denn die kantonal besoldeten Lehrer müssten ihren Anteil selber bezahlen, die städtischen jedoch nicht. Auch die Oberstufenschule Wädenswil habe entschieden, diesen Beitrag nicht zu übernehmen. Zudem müssen viele Steuerzahler von Wädenswil ihrem eigenen Arbeitgeber helfen, die Pensionskasse zu sanieren, und müssten durch ihre Steuergelder auch den städtischen Angestellten helfen.

Ebenfalls habe die GRPK gesehen, dass 1.5% vom Lohn gerade bei tieferen Einkommen sehr viel Geld sei, und darum haben sie einen Kompromiss gesucht, und habe die Grenze bei einem Jahreslohn von Fr. 83'520.-- gesetzt. Rechne man dies auf die Stadtverwaltung hoch, ergebe dies ungefähr einen Sanierungsbeitrag von Fr. 130'000.--.

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, teilt mit, dass auch die FDP-Fraktion die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung als suboptimal empfinde. Sei es doch eine Sonderlösung und schaffe Ungleichheiten. Sei es bei den Angestellten in der Gemeinde oder auch bei den Angestellten im Kanton. Denn nach ihrem Wissen, müssen die Kantonsangestellten und die Angestellten von anderen Gemeinden wie auch private Firmen selber für die Sanierungsbeiträge aufkommen. Trotz diesen Bedenken unterstütze die FDP-Fraktion die Idee und Antrag der GRPK, sich bei den Sanierungsbeiträgen der Stadt der Angestellten zu beteiligen und zwar im Umfang von Fr. 130'000.--. Ob dies nun die Lösung vom koordinierten Jahreslohn sei oder ob noch andere Lösungen eingebracht werden, werde man sehen. Sie seien sich aber bewusst, dass man nicht allen Ansprüchen gerecht werden könne. Für die einen sei es ein willkommener Beitrag, andere mögen dies als ungerecht empfinden.

Stadtpräsident, Philipp Kutter, erklärt, dass die Sanierung der BVK eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten sei. Es habe nicht nur hier im Rat zu grossen Diskussionen geführt. Es brauche Anstrengungen von Arbeitgeber, Arbeitnehmer und auch, wie Beatrice Gmür richtig ausgeführt habe, vom Steuerzahler.

Es gebe unter anderem neue Statuten, welche einen Mechanismus enthalten, dass ab einem gewissen Unterdeckungsgrad die Versicherten eine Minderverzinsung verwalten und auch Sanierungsbeitrag leisten müssen. In diesem Umfeld habe der Stadtrat beschlossen, den Mitarbeitern eine kleine Entlastung entgegenzubringen, indem man ihnen den Sanierungsbeitrag vom ersten Jahr übernehme. Der Stadtrat sehe das als kleine Motivationsspritze und auch als Zeichen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem Stadtrat etwas wert seien. Dabei müsse man auch berücksichtigen, dass in der Stadtverwaltung Wädenswil nicht die allerhöchsten Löhne gezahlt werden und auch die Lohnerhöhungen die vergeben werden, nicht am oberen Rand seien.

Er möchte noch kurz auf das Beispiel der Lehrkräfte eingehen. Es gebe immer einen Unterschied zwischen den städtischen und den kantonalen Angestellten, aber er meine doch, dass in der Regel die Unterschiede zu Gunsten der kantonalen Angestellten ausfallen, jedenfalls wenn er das Budget vom Kanton zu Rate ziehe. In diesem Sinne möchte er den Rat bitten, den Antrag weiterhin zu unterstützen.

Sollte der Gemeinderat den Beitrag reduzieren, so wie die GRPK vorschlage, bitte er die Variante ein bisschen abzuändern, so wie es Walter Münch auch vorgeschlagen habe. Man habe den Vorschlag unterbreitet, dass man diese Mitarbeitenden entlasten sollte, die nicht mehr wie Fr. 83'520.-- verdienen. Dies würde aber neue Ungleichheiten schaffen und zu unschönen Schwelleneffekten führen und das möchten sie vermeiden. Darum also im Sinne eines Eventualantrags, falls der Rat dem zustimmen wolle, bitte er, dass man die Fr. 130'000.-- gleichmässig unter den Arbeitnehmern verwenden dürfe.

Simon Kägi, GP, sagt, dass die Stadt Wädenswil eine attraktive Arbeitgeberin sein wolle, zeige sich auch mit dem Goodwill die Sanierungsbeiträge der BVK zu übernehmen. Die Fraktion der Grünen folgen der einstimmigen GRPK, die Sanierungsbeiträge nur für Löhne bis zum koordinierten Jahreslohn zu übernehmen. Möchte der Stadtrat aber nun die Fr. 130'000.-- gleichmässig verteilen, sei er der Meinung, dass man dann doch einen höheren Beitrag für alle sprechen sollte.

Zum BVK-Sanierungsfall sei er ausschliesslich der Meinung, dass der damalige Regierungsrat verantwortlich ist, was man auch im PUK-Bericht des Kantonsrats nachlesen könne. Der Kanton habe lange Zeit die damals rosig florierende BVK abgeschöpft, Gewinne – die man heute als Reserve benötige – habe man damals gebraucht um Steuersenkungen zu ermöglichen oder nötige Erhöhungen zu vermeiden. Somit sei er der Meinung, dass die öffentliche Hand die Sanierung übernehmen müsse und nicht die Angestellten.

Rahel Sonderegger, EVP, erklärt, dass sie von der EVP den Vorschlag vom Stadtrat begrüßen, für alle städtischen Mitarbeiter die Sanierungsbeiträge für die Beamtenversicherungskasse zu übernehmen. Für sie sei klar, entweder für alle oder für niemand. Den Kompromiss der GRPK erachten sie als ungerecht. Für die guten Ergebnisse der letzten Jahren haben nämlich alle Mitarbeiter der Stadt sich engagiert und nicht nur die mit tieferem Einkommen.

Albert A. Stahel, GLP, sagt, dass dies eine bedauerliche Situation sei, da das Ganze eigentlich ein Fehlverhalten der Führung von damals sei. Man müsste eigentlich, anstelle des Steuerzahlers, die Herren Regierungsräte und andere Herrschaften zur Kasse bitten und ihre Pensionen oder Löhne kürzen. Doch dafür fehle Wädenswil den Mut, auch im Kantonsrat durchzugreifen und die Herrschaften zur Rechenschaft zu ziehen. Er finde aber, trotz dem desolaten Zustand, den Vorschlag der GRPK annehmbar.

Stadtpräsident Philipp Kutter, sagt, folge man dem Eventualantrag des Stadtrats, könnte von allen Mitarbeitenden 0.6% der Sanierungsbeiträge übernommen werden. Im Ganzen müssten die Arbeitnehmer 1.5% vom gesicherten Lohn abgeben.

Abstimmung über Antrag E.6 Sanierung BVK (mit Stimmzähler):

Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann erklärt kurz das Abstimmungsverfahren. Einerseits habe man den Antrag für die Übernahme der BVK-Sanierung von Fr. 330'000.--, also der vollen Übernahme. Dann den Antrag für die Übernahme von Fr. 130'000.--, bei welchem es noch zwei Unteranträge gebe, der eine sei das "Giesskannenprinzip" also für alle Angestellten und der andere mit der Begrenzung auf den koordinierten Jahreslohn von Fr. 83'520.--. Die erste Abstimmung sei über Fr. 130'000.-- für alle oder nur für diejenigen mit dem vorgegebenen Jahreslohn. Die obsiegende Variante wird dann dem Antrag von Fr. 330'000.-- gegenüber gestellt. Beim Unterantrag habe jeder Gemeinderat eine Stimme, bei der Gegenüberstellung dürfen dann alle nochmals darüber abstimmen.

Abstimmung über die Anträge von Fr. 130'000.-- an alle Angestellten oder nur an Angestellte mit einem koordinierten Jahreslohn bis Fr. 83'520.-- (mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 19:15 Stimmen für den Antrag den Betrag von Fr. 130'000.-- gleichmässig an die Angestellten der Stadtverwaltung zu bezahlen.

Abstimmung Gegenüberstellung Antrag Stadtrat Fr. 330'000.-- gegen Antrag GRPK 130'000.--(mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 22:11 Stimmen für den Antrag der GRPK die Sanierung der BVK mit Fr. 130'000.-- gleichmässig an die Angestellten der Stadtverwaltung zu bezahlen.

Finanzen (Seite 18 bis 23) **Globalbudget Finanzen: Immobilien** (Seite 75)

Mitglied der GRPK, Walter Münch, FDP, bedankt sich beim Stadtrat Paul Rota, der Leiterin Immobilien Tatjana Horvath und dem Leiter Finanzen und Controlling Ralph Ruoss ganz herzlich für die offene und gute Zusammenarbeit.

Bei der Abteilung Finanzen sei der budgetierte Aufwand mit Fr. 22.6 Millionen ungefähr gleich hoch wie im Vorjahr. Speziell zu erwähnen sei die hohe Zinsbelastung für langfristige Darlehen. Wegen den abgeschlossenen Zinsabsicherungsinstrumenten im Jahr 2003 könne die Stadt nicht vom tiefen Zinsniveau profitieren. Noch lange werde die Stadt weit über dem Markt liegende Zinsen zahlen müssen.

Für die Einführung des IKS (Internes Kontrollsystem) wurden Fr. 15'000.-- für externe Beratungskosten und die IKS-Softwarelösung budgetiert. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung. Neu seien die Beiträge an die Familienausgleichskasse von Fr. 300'000.-- im Voranschlag enthalten. Diese Beiträge seien in den vergangenen Jahren nicht budgetiert worden.

Grosse Unterschiede zum Vorjahr gebe es vor allem bei den Sozialversicherungen. Diese seien Fr. 1 Mio. höher budgetiert als im 2012. Auf der Ertragsseite seien aufgrund des wirtschaftlichen Umfelds die Steuereinnahmen auf Vorjahresniveau budgetiert worden. Die Budgetierung der ordentlichen Steuern basiere auf den Annahmen des Gemeindeamts vom Kanton Zürich und den Entwicklungen in den Vorjahren.

Die ordentlichen Steuern, also die Steuern vom laufenden Rechnungsjahr seien rund Fr. 200'000.-- höher budgetiert worden als im Vorjahr. Die ordentlichen Steuern 2 (Steuern aus Vorjahren) werden rund Fr. 800'000.-- höher veranschlagt. Die Grundsteuern bewegen sich auf dem Niveau der Vorjahre. Da können grössere Geschäfte zu grossen Schwankungen führen. Aufgrund des "Rüschlikoner-Effekts" werde der Finanzausgleich im Jahr 2013 mit Fr. 8.5 Mio. um Fr. 1.7 Mio. höher budgetiert als im Vorjahr. Zukünftig sei jedoch wieder mit geringeren Einnahmen aus dem kantonalen Finanzausgleich zu rechnen.

Aufgrund der Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von Fr. 17.7 Mio. im 2012 nehmen die ordentlichen Abschreibungen zu. Die budgetierten zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 3.5 Mio. seien aber weder gesetzlich noch betriebswirtschaftlich nötig. Die laufende Rechnung werde unnötig belastet und die Eigenkapitalsituation verfälscht. Ganz besonders im gebührenfinanzierten Bereich seien diese zusätzlichen Abschreibungen fragwürdig. Auch wegen der zum Teil sehr hohen Guthaben in den Spezialfinanzierungsfonds. Der Stadtrat möchte die bisherige Abschreibungspraxis bis zur Einführung von HRM2 beibehalten, welches im Jahr 2015 oder 2016 dazu komme. Der Stadtrat möchte so die buchhalterischen Grundsätzen der Stetigkeit und Vergleichbarkeit gerecht werden.

Die GRPK habe schon im Bericht zum Voranschlag 2012 erwähnt, dass sie eine Korrektur beantragen werde, sollten das Budget 2013 wiederum zusätzliche Abschreibungen enthalten. Da im Voranschlag 2013 wieder zusätzliche Abschreibungen budgetiert worden seien, stelle die GRPK jetzt die folgenden Anträge an den Gemeinderat.

Antrag E.1 (Seite 17)

„Die einstimmige GRPK beantrage die Streichung der Zusatzabschreibungen von insgesamt Fr. 1.47 Mio. auf dem Verwaltungsvermögen im gebührenfinanzierten Bereich und entsprechende Erhöhung der Spezialfinanzierungskonti der gebührenfinanzierten Bereiche.“

Antrag E.2 (Seite 17)

„Die Mehrheit der GRPK beantrage die Streichung der Zusatzabschreibungen von Fr. 2 Mio. auf dem Verwaltungsvermögen im steuerfinanzierten Bereich. Eine Minderheit der GRPK beantrage diese Zusatzabschreibungen so zu belassen.“

Die FDP-Fraktion unterstütze die Anträge der GRPK.

Bei den Liegenschaften sei der Aufwand für Immobilien auf dem Niveau der Vorjahre. Der Immobilienertrag sei höher veranschlagt, der Grund dafür sei die noch fehlende Erfahrung bei den Immobilien der Schulen.

Seit 2011 sei die Immobilienbewirtschaftung in die Abteilung Immobilien integriert. Es sei das Ziel, die Immobilienrechnung ausgeglichen zu gestalten. Um das zu erreichen, müsse die interne Flächenverrechnung an die Abteilungen noch vollständig eingeführt werden. Für die Bauteilbewertung der Liegenschaften durch eine externe Firma seien Fr. 60'000.-- budgetiert worden.

Der NPM Indikator “Die zentrale Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften durch die Dienststelle Immobilien sei bis 2018 abgeschlossen“ sei aus Sicht der GRPK zu ungenau formuliert. Dieses NPM Ziel sei in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen neu definiert worden.

Die GRPK stelle den Antrag, die neu formulierten NPM-Indikatoren gemäss Paragraph F “Anträge der GRPK zu NPM; Abteilung 22, Immobilien“, auf Seite 18 des Berichts der GRPK zu übernehmen.

Abteilung 22, Immobilien

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Die zentrale Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften durch die Dienststelle Immobilien ist bis 2018 abgeschlossen	Daten mit Tool erfasst; Rechnungslegung für Benchmark möglich
neu	Bis Ende 2013 sind die Bauteile der zentral geführten Gebäude (<i>116 Gebäude Dienststelle Immobilien, 51 Gebäude Schule und Jugend, 18 Gebäude Alters + Krankenhaus Frohmatt, 1 Gebäude Sicherheit und Gesundheit</i>) im Vitruvius bewertet	Gebäudedaten und Gebäudehistorie sind systematisiert
	Ab Januar 2014 Start Unterhaltsplanung der zentral geführten Gebäude im Vitruvius	Die Bauteile der zentral verwalteten 186 Liegenschaften sind bewertet und im Vitruvius erfasst. Wertvermehrende bauliche Massnahmen werden zeitnah im Vitruvius nachgeführt.
	<ul style="list-style-type: none"> • Ab 2015 Gebäudebewirtschaftung der Liegenschaften Krankenhaus- und Pflegeheim Frohmatt (18 ohne Spezialbauten) zentral geführt • Ab 2016 Gebäudebewirtschaftung der Liegenschaften Werke (5 ohne Spezialbauten) zentral geführt • Ab 2017 Gebäudebewirtschaftung der Liegenschaften Planen und Bauen (8 ohne Spezialbauten) zentral geführt • Ab 2018 Gebäudebewirtschaftung der Liegenschaften Sicherheit und Gesundheit (18 ohne Spezialbauten) zentral geführt 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Gebäude und Bauteile sind im Vitruvius erfasst und bewertet • Die FIBU sowie die Kostenrechnung ist nachgeführt • Der Geräte und Maschinenpark ist inventarisiert • Das Objektpflichtenheft sowie die Anstellungsbedingungen der Mitarbeiter sind harmonisiert
	<ul style="list-style-type: none"> • Ab 2018 werden die internen Flächen via Querschnittskosten den jeweiligen Abteilungen verrechnet • Bis 2018 Harmonisierung der Prozesse und Verträge • Ab 2018 wird die Investitionsplanung der zentral geführten Gebäude im Vitruvis gemacht. • Bis 2018 ist die zentrale Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften durch die Dienststelle Immobilien abgeschlossen 	<ul style="list-style-type: none"> • Die internen Flächen sind nach Nutzungsart differenziert und aufgenommen • Die Prozesse und Verträge sind zentral hinterlegt und zeitnah nachgeführt. • Die Immobilienstrategie ist verabschiedet • Rechnungslegung für Benchmark möglich

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, erklärt, dass man im privaten Leben ständig Zusatzabschreibungen mache. Man schliesse eine Krankenversicherung ab, damit nach dem Skiunfall nur das Bein schmerze und nicht auch noch der Geldbeutel. Man lege jedes Jahr Geld auf die Seite, damit man auch etwas zum Leben habe, wenn man nicht mehr arbeiten könne. Nur die Stadt soll sich von Budget zu Budget hangeln ohne einen Betrag auf die Seite legen zu können. Brauche man ein neues Schulhaus so habe man Pech gehabt. Zusatzabschreibungen verhindern, dass man jahrelang ein ausgeglichenes Budget habe, und dann plötzlich von einer grossen Investition regelrecht erschlagen werde und ein grosses Defizit ausweisen müsse. Sie verhindern ebenfalls, dass man in guten Jahren die Steuern senken können und ein paar Jahre später nötige Investitionen nicht zahlen könne. Es sei keine Belastung vom Budget, denn das Geld sei nicht verloren. Man lege jedes Jahr einen Betrag auf die Seite und so könne man die grossen Projekte auch wirklich finanzieren. Gerade jetzt, wo grosse Investitionen vor der Türe stehen, sollte man die zusätzlichen Abschreibungen im Budget belassen.

Vielleicht noch etwas zum Unterschied zwischen dem gebührenfinanzierten Bereich und dem steuerfinanzierten Bereich. Im gebührenfinanzierten Bereich seien die nötigen Investitionen über die NPM-Indikatoren häufig vorgegeben und ausserdem viel kleiner. Beim steuerfinanzierten Bereich komme es sehr viel häufiger zu diesen grossen Investitionen, wofür man vorher etwas auf die Seite habe legen müssen. Er bitte daher den Rat, den Minderheitsantrag zu unterstützen.

Stadtrat Finanzen, Paul Rota, nimmt vorweg, dass der Stadtrat mit den neuen NPM-Indikatoren der Immobilien einverstanden sei. Der Stadtrat werde sich bemühen, diese Indikatoren einzuhalten. Zum Thema Abschreibungen habe er bereits vorher erwähnt, dass seit 1990 solche Abschreibungen getätigt werden, was knapp Fr. 60 Mio. also rund Fr. 2.5 Mio. im Jahr ausmache. Er möchte aber darauf hinweisen, dass man in diesen Jahren sehr unterschiedlich investiert habe. In den 90er-Jahren hatte man ursprünglich nicht so viele Mittel zur Verfügung gehabt und damals mit Fr. 5 bis 6 Mio. Netto investiert, was heute kaum mehr vorstellbar sei. Seit dem Jahr 2004 sei man zwischen Fr. 11 und 20 Mio. netto, was ein wesentlicher Unterschied sei und nun diskutiere man heute um Fr. 2 Mio. im Verwaltungsvermögen welcher steuerfinanziert sei. Man habe in diesen bald 23 Jahren im Durchschnitt Fr. 2.5 Mio. ausserordentlich abgeschrieben und nur darum stehe man heute deutlich besser da, als wenn man dies nicht gemacht hätte. Es würde rund Fr. 2 Mio. ausmachen, die man heute zusätzlich abschreiben müsste.

Man werde in der Zukunft nicht weniger Investitionen haben, was man in einem Jahr anhand des FEP's besprechen könne. Es sei aber eine Realität, dass man in guten Jahren solche ausserordentlichen Abschreibungen machen müsse, und nicht danach jammern. Darum wolle der Stadtrat mit dieser Kontinuität weiter fahren und die ausserordentlichen Abschreibungen tätigen. Beim gebührenfinanzierten Bereich sei dies sicher etwas anderes, dort gehe es direkt auf eine Entlastung respektive Reduktion der Gebühren. Was aber auch ein bisschen illusorisch sei, wenn man dann ausserordentliche Investitionen tätigen müsse. Diese können tagtäglich auf der Türschwelle stehen. Der Stadtrat sei eindeutig dafür, diese Abschreibungen beizubehalten.

Es sei vorher gesagt worden, dass HRM 2 stehe auch bereits auf der Türschwelle, spätestens im Jahr 2016 gemäss Kanton. Momentan arbeite Wädenswil mit dem HRM 1 und das spezielle daran sei, dass man dann eine betriebswirtschaftliche Abschreibung einführen müsse, heisse aber auf der anderen Seite auch, dass man die Werte neu bewerten müsse. Er empfehle daher bei dieser Methode zu bleiben, die man die letzten 23 Jahren mit Erfolg durchgesetzt habe.

Simon Kägi, GP, teilt mit, dass die Grünen die beiden Anträge sehr kritisch hinterfragt haben, seien aber zum Schluss gekommen, dass Abschreibungen dem Stadtrat die Möglichkeit gebe, Reserve für schwächere Jahre zu bilden und sie als vorausschauende nachhaltig denkende Finanzpartei begrüssen dies sehr. Betreffend ausserordentliche Abschreibungen im gebührenfinanzierten Bereich unterstütze die Grünen die Meinung der GRPK und unterstützen somit den Antrag E.1. Im steuerfinanzierten Bereich möchte sie hingegen an der heutigen Finanzpolitik festhalten, da dies ein sinnvolles Instrument sei.

Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann teilt mit, dass man nun über drei Anträge abzustimmen habe.

1. Antrag E.1 mit der Streichung der Zusatzabschreibungen im gebührenfinanzierten Bereich.
2. Antrag E.2 mit der Streichung der Zusatzabschreibungen im steuerfinanzierten Bereich
3. Antrag zu der Dienststelle Immobilien mit neuen Zielen und NPM-Indikatoren

Wie man bereits vom Stadtrat gehört habe, halte dieser an den ausserordentlichen Abschreibungen fest. Beim Antrag betreffend der Dienststelle Immobilien und deren neuen Ziele und NPM-Indikatoren unterstütze der Stadtrat den Antrag der GRPK. Bei den beiden Anträgen zu den Zusatzabschreibungen werde er den Rat fragen, wer für den Antrag der GRPK und somit gegen den Antrag des Stadtrats sei.

Abstimmung über Antrag E.1:

Der Rat stimmt einstimmig für die Streichung der Zusatzabschreibungen von insgesamt Fr. 1'473'043.-- auf dem Verwaltungsvermögen im gebührenfinanzierten Bereich und entsprechende Erhöhung der Spezialfinanzierungskonti der gebührenfinanzierten Bereiche.

Abstimmung über Antrag E.2 (mit Stimmzähler):

Der Rat stimmt mit 18:14 für die Streichung der Zusatzabschreibungen von Fr. 2 Mio. auf dem Verwaltungsvermögen im steuerfinanzierten Bereich.

Abstimmung über Antrag der GRPK zu NPM-Indikatoren der Dienststelle Immobilien:

Der Rat stimmt einstimmig für die Änderung der Ziele und NPM-Indikatoren der Dienststelle Immobilien.

Aufgrund der weiter fortgeschrittenen Zeit geht **Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann** davon aus, dass es heute eine Doppelsitzung stattfindet.

**** Fünf Minuten Unterbruch***

Planen und Bauen (Seite 24 bis 27) **Globalbudgets Planen und Bauen**: Vermessung Seite 76; Strassenwesen inkl. Belagsarbeiten Seite 77; Abwasseranlagen Seite 78; Öffentlicher Verkehr Seite 79; Grünanlagen Seite 79-80; Friedhofbetrieb Seite 80-81

Mitglied der GRPK, Berti Stocker, EDU, sagt, dass in der Abteilung Planen und Bauen Walter Münch und sie im neu eingerichteten Büro vom neuen Leiter Planen und Bauen Gilbert Brossard und Stadtrat Heini Hauser freundlich begrüsst wurden. Vielen Dank. Die vorgängig gestellten Fragen seien für Herrn Brossard eine Herausforderung gewesen, sei er doch erst seit kurzem im Amt.

Das Budget 2013 bei der Abteilung Planen und Bauen habe sich mit dem Voranschlag 2013 auf der Ausgabenseite um Fr. 1.7 Millionen erhöht. Diese Kosten seien ausschliesslich dem Öffentlichen Verkehr zuzuschreiben, der ab 2013 bei der Abteilung Planen und Bauen zugeteilt sei. Die Umstrukturierungen beruhen auf einer Studie zwischen den Abteilungen Werke sowie Planen und Bauen. Diese zeige auf, dass der ÖV stark mit dem Tiefbau vernetzt sei. Auf die Kosten des ÖV habe die Abteilung aber keinen Einfluss, da diese vom ZVV vorgegeben und in Rechnung gestellt werden. Das Budget ohne ÖV sei vergleichbar mit den vergangenen Jahren und weise eine gewisse Kontinuität auf. Das heisse aber nicht, dass man sich einfach zurücklehnen könne. Denn gerade bei den Grünanlagen falle eher mehr Arbeit an, möchte man doch als Wohnstadt möglichst viel Grünfläche erhalten und anbieten. Dies sei auch ein Bedürfnis der Bevölkerung. Auch die naturnahen Bepflanzungen und die neu offengelegten Bäche müssen gepflegt werden.

Positiv zu erwähnen sei der Wärmeverbund Rietliau, der ab kommendem Jahr einen kleinen Nettoertrag abwerfen werde. Der budgetierte Betrag von Fr. 27'400.-- werde der politischen Gemeinde gutgeschrieben.

Die NPM-Indikatoren können von allen Abteilungen im Vergleich der Vorjahre gehalten werden. Auch sei die in Planung stehende Zugerstrasse eine grosse Herausforderung. Die Verantwortlichen seien in Zusammenarbeit mit dem Kanton bemüht, gute Lösungen zu finden, damit die Strasse den Bedürfnissen des Verkehrs, den Fussgängern und Anwohnern entspreche.

Die bereits angegangenen Forderungen der GRPK, – einen verbesserten Prozessablauf bei den Baugesuchen – sei auf gutem Weg. Mit den neu besetzten Stellen in der Abteilung habe ein Generationenwechsel stattgefunden, welche mit den modernen Arbeitstechniken bestens vertraut seien.

Sie wünsche der Abteilung, dass sie die Budgetvorgaben gut umsetzen kann und weiterhin auf gutem Kurs bleiben.

Werke (Seite 28) **Globalbudgets Werke**: Erdgasversorgung Seite 81-82; Wasserversorgung Seite 83-84; Entsorgung und Recycling Seite 84-85; Energiedienstleistungen S. 85-87

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, dass die grösste Änderung in der Abteilung Werke bereits von Berti Stocker erwähnt wurde, es sei die Verschiebung des öffentlichen Verkehrs in die Abteilung Planen und Bauen. Der restliche Teil der Abteilung Werke seien gebührenfinanziert und somit im Aufwand und im Ertrag gleich, es resultiere kein Nettoaufwand. Im Jahr 2013 werden zwei grösserer Projekte angegangen, zum einen soll die Hauptsammelstelle umgebaut werden, zum anderen soll ein Finanzierungsplan aufgestellt werden, um das Energiestadlabel Gold bis im Jahr 2018 zu erreichen.

Der grösste Textblock im Bericht der GRPK sei eigentlich gar keine grosse Sache, es gehe um den Wärmeverbund Untermosen. Momentan schreibe man jedes Jahr 10% vom Restbuchwert ab, was aber unrealistisch hoch sei. Durch das bestehe im Spezialfinanzierungskonto eine grosse Schuld, die allerdings gemäss § 137 vom Gemeindegesetz des Kantons Zürich gar nicht rechtmässig sei. Daher stellen sie den Antrag, die Abschreibungsmethode auf die betriebswirtschaftliche Abschreibungen zu ändern und somit auch die Schuld im Spezialfinanzierungskonto auf ein rechtmässiges Niveau zu bringen.

Die vier NPM-Anträge seien alles nur sehr kleine Änderungen. Mit diesen Anträgen soll überprüft werden, ob die Leistungen wirklich erbracht werden und die NPM-Indikatoren seien bis jetzt teilweise ein wenig schwammig. Sie haben daher in Absprache mit der Abteilung Werke bessere Indikatoren beschlossen.

Abteilung 51, Erdgasversorgung

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Steigerung des Biogasanteils im Erdgas-Wärmemarkt	Biogas-Produkte anbieten.
neu	Steigerung des Biogasanteils im Erdgas-Wärmemarkt	Erhöhung der Anzahl Bezüger im Privatkundensegment mit einem Biogasanteil auf total 100 bis Ende 2013 und auf total 200 bis Ende 2015

Abteilung 54, Entsorgung und Recycling

	Ziele	Indikatoren/Standards
bisher	-	-
neu	Hohe Recyclingquote	Nach dem abgeschlossenen Umbau der Hauptsammelstelle soll eine Recyclingquote von 60% angestrebt werden

Abteilung 56, Energiedienstleistungen

	Ziele	Indikatoren/Standards
bisher	Erreichen des Energiestadt-Goldlabels	2018
neu	Erreichen des Energiestadt-Goldlabels	Ausarbeitung einer Weisung zuhanden des Gemeinderates im Jahre 2013 zwecks Umsetzung bis 2018

Abteilung 52, Wasserversorgung

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Das Verwaltungsvermögen soll mittelfristig auf 3.0 Mio. Franken gehalten werden	Maximal 3.5 Mio. Franken; eine höhere Verschuldung muss via Grundgebührenerhöhung abgebaut werden
neu	Kostendeckender und wirtschaftlicher Betrieb der Wasserversorgung	Ausgeglichene Wasserrechnung im Durchschnitt der letzten zehn Jahre

Stadtrat Werke, Ernst Brupbacher, erklärt, dass die von der GRPK beantragte Umstellung auf die betriebswirtschaftliche Abschreibungsmethode auch von den Werken begrüsst werde. Ebenfalls wurden die neudefinierten Ziele und Indikatoren in den NPM-Bereichen Erdgasversorgung, Wasserversorgung, Entsorgung und Recycling sowie Energiedienstleistungen mit den Vertretern aus der GRPK diskutiert und werden wie vorgelegt akzeptiert.

Abstimmung über Antrag E.3:

Der Rat stimmt einstimmig der Umstellung auf die betriebswirtschaftliche Abschreibungsmethode beim Wärmeverbund Untermosen zu.

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann** ob die neuen Ziele und NPM-Indikatoren in globo abgestimmt werden sollen, gibt es keine Wortmeldungen.

Abstimmung über die Änderung der Ziele und NPM-Indikatoren der Abteilung Werke:

Der Rat stimmt einstimmig den Änderungen der Ziele und NPM-Indikatoren der Abteilung Werke zu.

Sicherheit (Seite 29 bis 32) **Globalbudget Sicherheit:** Polizei S. 87-88

Mitglied der GRPK, Ivo Peyer, BFPW, dankt zuerst Andreas Ledermann sowie Thomas Largiadèr für das offene und interessante Gespräch sowie die Beantwortung der Fragen.

Der Nettoaufwand der Abteilung bleibe bei ca. Fr. 2.05 Mio. Die Feuerwehr Wädenswil stelle die Entschädigungsabrechnung um. Die alte Abrechnungsmethode hatten noch ganze vier Gemeinden im ganzen Kanton Zürich. Mit dieser Umstellung können ca. Fr. 60'000.-- eingespart werden, da auf die Barzahlung der Pikettstellung für die Mannschaft verzichtet werde. Im Gegenzug werde der Brandsold auf Fr. 60.-- pro Stunde erhöht. Diese Minderkosten

werden hauptsächlich durch Mehrkosten bei der Stadtpolizei kompensiert. Es sei leider weiterhin so, dass die Stadtpolizei zwei Vakanzen habe.

Die NPM-Ziele und Indikatoren werden in dieser Abteilung nicht angepasst.

Schule und Jugend (Seite 33 bis 40) **Globalbudget Schule und Jugend:** Freizeitanlage Seite 89-90

Mitglied der GRPK, Christian Gross, SP, sagt, wie auch die Jahre zuvor, sei der Aufwand der Abteilung Schule und Jugend deutlich gestiegen. Die Gründe dafür seien vielseitig, einerseits beteilige sich der Kanton weniger stark wie bisher an den Lehrerlöhnen, sprich die Gemeinde müsse mehr übernehmen. Es kommen BVK-Sanierungsbeiträge dazu und durch das neue Modell mit der integrierter Sonderschule auch mehr Heimversorgungen, die bezahlt werden müssen. Durch alle diese Faktoren steige der Aufwand deutlich, es gelte aber zu betonen, dass die Abteilung Schule und Jugend nichts dafür könne, da dies alles entweder kantonal oder eidgenössisch bestimmt worden sei.

Gemäss Weisung vom Jahr 2011 darf die Freizeitanlage nicht über 0.6 Mio. aufwenden. Gemäss der Hochrechnung 2012 generiere die Freizeitanlage einen Nettoaufwand von Fr. 0.66 Mio., davon kommen aber Fr. 60'000.-- von Querschnittskosten, welche in der Weisung damals nicht berücksichtigt wurden. Die Obergrenze von Fr. 600'000.-- sei also gar nicht verletzt worden. Die Weisung sei daher aber auch mangelhaft, da die Querschnittskosten darin nicht berücksichtigt wurden.

Soziales (Seite 41 bis 47) **Globalbudgets Soziales:** Soziale Dienste Seite 90-91; Asylwesen Seite 92-93; Frohmatt Seite 93-96

Mitglied der GRPK, Christoph Lehmann, SVP, teilt mit, dass er zusammen mit Beatrice Gmür die Abteilung Soziales sowie die Frohmatt besucht habe. Sie bedanken sich für die offene Zusammenarbeit bei Stadträtin Felicitas Taddei, dem Leiter Soziales Markus Morger und dem Leiter Frohmatt Cristian Rentsch. In der Abteilung Soziales haben zwei Mitarbeiterinnen ihnen ein Intake-Verfahren vorgestellt. Damit hätten sie einen Einblick bekommen, wie die Eröffnung eines Falls in der Praxis angewendet werde und wie man die Weichen mit Fragestellungen für den ersten Kontakt mit einem möglichen Sozialhilfebezüger stelle.

Die Zahlen der Abteilung Soziales inklusive Frohmatt machen einen zufriedenstellenden Eindruck. Beim ersten Blick verbessere sich der Nettoaufwand gegenüber dem Voranschlag 2012 sogar um Fr. 0.32 Mio. auf Fr. 19.1 Mio. Vor allem in den Konti Administration, Alimentebevorschussung und gesetzliche wirtschaftliche Hilfe sei der Nettoaufwand zusammen um über Fr. 1 Mio. gesunken. Im Gegenzug nehme der Nettoaufwand im Konto 810 Beiträge um fast Fr. 1.2 Mio. zu. Per 1. Januar 2013 erfolge eine Praxisänderung – gestützt auf Anweisung vom kantonalen Sozialamt – bei welcher Platzierungskosten in Heime nicht mehr durch die wirtschaftliche Sozialhilfe abgerechnet werden. Dies gelte als Beitrag und müsse separat mit neuen Konten budgetiert und ausgewiesen werden.

Eine weitere Praxisänderung erwarte man in der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB. Die Behörde starte ebenfalls am 1. Januar 2013 als interdisziplinäre Fachbehörde im Sozialen Netz Horgen. Der Wegzug von Personen und Akten dürfe in Wädenswil vorderhand etwas mehr wie Fr. 0.5 Mio. kosten. Im Konto Besoldungen reduziere sich vorderhand der Betrag. Christina Müller, Präsidentin der KESB habe an der Gemeinderatssitzung vom 26. November 2012 einen kurzen Einblick in die Bezirksbehörde gewährt. Er möchte einige Details in Erinnerung rufen. 20 Mitarbeitende, 1'710 Stellenprozente und ca. 1'400 Massnahmen im Jahr. Für ihn alles Gründe zur Annahme, dass diese Organisation bald ein zwei- oder dreifaches kosten werde, im Vergleich zum ersten Jahr.

Mit der Fertigstellung und dem Bezug des Haus 3 könne die Frohmatt nun 107 Better anbieten. Auf den ersten Blick verringere sich der Nettoaufwand gegenüber dem Voranschlag 2012 um fast Fr. 1.5 Mio. Aber nein, dies seien ja die Zahlen für ins Archiv. Denn am 7. Dezember 2012 habe zuerst die GRPK und dann am 11. Dezember 2012 der restliche Gemeinderat ein Schreiben erhalten, welches über die Einführung der neuen Taxenordnung informiere. Weil die Bautätigkeiten noch nicht vollendet seien und die bis Ende 2013 Unannehmlichkeiten bereite, werden die Tarife nicht wie geplant auf den 1. Januar 2013 angepasst. Es scheine fast, als wüsste der Stadtrat nicht, dass in der Frohmatt nach dem Haus 3 auch das Haus 1 umgebaut werde. Oder weshalb seien diese Zahlen nicht bereits abschliessend und korrekt mit dem Voranschlag 2013 zusammengetragen worden? Jetzt erfolge auf den 1. März 2013 eine Teilerhöhung und auf den 1. Januar 2014 eine volle Anpassung der Tarife. 18% soll aufgeschlagen werden. Seit zehn Jahren liege Wädenswil diesbezüglich hinter dem Wettbewerb und verpasse es rechtzeitig Tarife zu erhöhen. In ihrem Kommissionsbericht müsste es demnach heissen, Aufwand Fr. 15.1 Mio., Ertrag Fr. 12.9 Mio., Nettoaufwand Fr. 2.2 Mio. anstelle der Fr. 1.4 Mio.

Dies sei eine nüchterne und zahlenmässige Grafik der Verwaltung, doch hier werde nichts produziert, es sei keine Fabrik, welche ein möglichst ausgeglichenes Cash-In und Cash-Out präsentieren müsse. Alte und betagte Menschen werden betreut, gepflegt, versorgt, unterhalten und sollen einen angenehmen und vielleicht interessanten Lebensabend verbringen. Cristian Rentsch und sein gesamtes Team begegnen den Bewohnenden mit viel Respekt und Wertschätzung, schwierige Situationen werden im Team besprochen, Lösungen werden definiert, oder auch mit externen Beratern oder Spezialisten angeschaut. Die Zufriedenheit der Bewohnende stehe als oberstes Anliegen im Zentrum, deshalb solle man das Auge wegen den Fr. 835'000.-- zudrücken.

Stadträtin Soziales, Felicitas Taddei, sagt, es sei sicher nicht erfreulich sei, dass die Zahlen so knapp mitgeteilt wurden, hätte aber zum Votum von Christian Lehmann nichts hinzuzufügen.

Simon Kägi, GP, teilt mit, dass sie einen Bonus für die Bewohnenden der Frohmatt, wegen den zusätzlichen Lärmemmissionen, unterstützen. Laufe man an der Frohmatt vorbei, konnte man schon lange erkennen, dass der Umbau weit länger als bis Januar 2013 dauere. Da der Gemeinderat dies erst vor wenigen Tagen erfahren habe, mutmasse man, dass dies der

Stadtrat absichtlich an der GRPK habe vorbei schummeln wollen, um das Budget im Sozialen gut aussehen zu lassen.

Christian Lehmann habe ausgeführt, dass man ja ein Auge zudrücken könne bei den Fr. 835'000.--, was übrigens 20 Kulturgaragen seien. Er finde da müsse man relativ viele Augen zudrücken, wenn man bedenke dass die einen dafür eine Weisung haben wollten. Sie könnten dies auch als Steilpass für eine Steuererhöhung um 2% verstehen. Ob sie dies aber so einreichen, hänge vom Verlaufe der Steuerfussberatung ab.

Gesundheit (Seite 48 bis 51) **Globalbudget Gesundheit: Badeanlagen** Seite 96-97

Mitglied der GRPK, Ivo Peyer, BFPW, dankt nochmals Andreas Ledermann, Willi Fegble und Thomas Largiadèr für das offene und interessante Gespräch sowie die Beantwortung der Fragen.

Der Nettoaufwand steige leicht um ca. Fr. 150'000.-- auf Fr. 6.3 Mio. was auf die Einführung des Ärztetelefon sowie die Erhöhung des IWS-Beitrags zurückzuführen sei.

Die Budgetierung der Pflegebeiträge mit oder ohne Leistungsvereinbarung sei sehr schwierig, da noch Erfahrungswerte fehlen. Die Genauigkeit des Totals stimme eigentlich, nur die Aufteilung mache Schwierigkeiten.

Antrag E.4 Kürzung Beitrag IWS

„Eine Mehrheit der GRPK beantrage eine Reduktion des Kontos 940.3650.04 "Beitrag IWS" auf Fr. 17'000.--, also eine Reduktion um Fr. 16'000.--. Es mache für sie keinen Sinn mache, auf einem Konto eine Reserve oder etwas für Unvorhergesehenes zu budgetieren.“

Abstimmung über Antrag E.4 Kürzung Beitrag IWS:

Der Rat stimmt einstimmig der Reduktion des Kontos 940.3650.04 "Beitrag IWS" auf Fr. 17'000.--, also einer Reduktion um Fr. 16'000.-- zu.

Investitionsrechnung und ordentliche Abschreibungen (Seite 52 bis 72)

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, sagt, dass die Bruttoinvestitionen von Fr. 19.8 Mio. Projekte von Fr. 2.1 Mio. beinhalten oder rund 10%, die noch durch den Gemeinderat genehmigt werden müssen. Bei der Budgetprüfung sei nicht immer klar gewesen, welche Vorhaben unter einem Genehmigungsvorbehalt stehen. So sei beispielsweise die budgetierte Investition von Fr. 100'000.-- für die erste Sanierungsetappe fürs Lehrschwimmbecken im Schulhaus Steinacher als Gesamtprojekt dem Gemeinderat vorzulegen. Er bitte deshalb erneut darum, die Posten mit Genehmigungsvorbehalt durch den Gemeinderat zu kennzeichnen, sei dies im Budget selber oder dann im Begleitbericht des Stadtrats.

Simon Kägi, GP, führt aus, dass sie von den Grünen sehr bemängeln, und dies sei etwas Allgemeines, dass geplante Investitionen, welche noch nicht haben realisiert werden kön-

nen, nicht durch Ersatzinvestitionen getätigt werden. Sogar der GRPK-Bericht hält auf Seite 2 fest, dass bei Investitionen erfahrungsgemäss mit Verschiebungen gerechnet werden muss. Warum lerne der Stadtrat nicht endlich aus diesen Erfahrungen?

Der Kindergarten Untermosen könnte sofort energetisch saniert werden. Dort werde Jahr für Jahr für 6'000 Liter Öl Heizenergie verpufft. Zum Glück sei der Kindergarten nun an die Holzheizung angehängt, aber die Energieverschwendung bleibe gleich. Der Vorstoss des BFPW welcher Sanierungsbedarf bei den städtischen Liegenschaften bestehe, werde vermutlich noch weitere enorme Mängel aufzeigen.

Sie fordern den Stadtrat ultimativ auf, Sanierungen jetzt im Voraus zu planen und falls gewisse Investitionen nicht realisiert werden können, man die schon lange hinfälligen Renovationen an die Hand nehme.

Mitglied der GRPK, Beat Wiederkehr, CVP, möchte den Gemeinderatspräsident darauf aufmerksam machen, dass man noch nicht über die Mindereinnahmen vom Nettoglobalkredit der Frohmatt abgestimmt habe.

Abstimmung über den Nettoglobalkredit der Frohmatt:

Der Rat stimmt den Mindereinnahmen von Fr. 835'000.-- beim Nettoglobalkredit der Frohmatt einstimmig zu.

Schlussabstimmung zum Voranschlag und Leistungsaufträgen gemäss NPM:

Der Rat stimmt einstimmig dem Voranschlag 2013 mit den vorhergehenden Änderungen und den Leistungsaufträgen gemäss NPM 2013 zu.

Zweitens Steuerfuss 2013

Der Stadtrat und die GRPK beantragen beide, den Steuerfuss bei 84% der einfachen Staatssteuer beizubehalten.

Mitglied der GRPK, Beatrice Gmür, SP, sagt, dass im Jahr 2011 das Vermögen der Stadt Wädenswil pro Einwohner Fr. 1'109.-- betragen habe. 2013 werde sich das in eine Schuld verwandeln von Fr. 242.-- pro Einwohner. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt im 2013 auf 26.7%, im FEP stehe aber, dass dieser mindestens 50% betragen sollte. Im 10-Jahres-Durchschnitt sinke der Selbstfinanzierungsgrad auf 80.8%, wobei das Ziel mindestens 100% sein sollte. Die negativen Auswirkungen der Steuersenkungen der letzten zwei Jahre könne nicht einfach wegdiskutiert werden. Die Zahlen seien zwar noch nicht besorgniserregend, aber die Tendenz gehe in die falsche Richtung. Konjunkturell sei man noch nicht über den Berg und man müsse die Situation genau im Auge behalten.

Trotzdem sei die SP-Fraktion dafür den Steuerfuss auf 84% zu belassen.

Abstimmung über den Steuerfuss 2013:

Der Rat stimmt der Belassung vom Steuerfuss von 84% einstimmig zu.

Viertens: Abstimmung über das Gesamtpaket:

Dem Voranschlag inklusive Leistungsaufträge und NPM-Abteilungen und der Beibehaltung des Steuerfusses bei 84% werden einstimmig zugestimmt.

Auf Anfrage des Gemeinderatspräsident Jürg Wuhmann die zwei traktandierten Vorstösse auf die nächste Gemeinderatssitzung zu verschieben gibt es keine Einwände.

Er danke dem ganzen Rat und wünscht allen friedliche und frohe Festtage und ein guten Rutsch.

Stadtpräsident Philipp Kutter schliesst sich den Wünschen von Jürg Wuhmann an. Man habe eine intensive Debatte hinter sich, der Rat habe Korrekturen verlangt, was das gute Recht sei und der Stadtrat werde dies respektieren. Der Rat habe dem Budget zugestimmt und damit dem Stadtrat das Vertrauen ausgesprochen, dafür möchte er sich im Namen vom ganzen Stadtrat bedanken.

Ebenfalls möchte er sich für die grosse Arbeit, die jeder einzelne Gemeinderat leiste, bedanken. Nicht nur hier in der Sitzung, sondern auch in den Kommissionen oder bei den Fraktionen. Auch für die immerzu sachlichen Diskussionen, die überall geführt werden, somit habe Wädenswil eine wirklich gute politische Kultur.

Er wünsche im Namen des gesamten Stadtrat schöne Weihnachten, gemütliche Stunden und einen guten Rutsch.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsident Jürg Wuhmann keine Einwände erhoben

Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv.